

# Info-Bulletin Nr. 19



La ville de Berne, Nydeggbrücke, Gouache  
um 1844–1850 von Johann Ludwig Bleuler  
Ville de Berne, Nydeggbrücke, gouache  
env. 1844–1850 de Johann Ludwig Bleuler

## **Impressum**

### **Herausgeber**

Verband bernischer Bürgergemeinden und burgerlicher  
Korporationen VBBG  
Bahnhofplatz 2  
3001 Bern  
Telefon 031 328 86 00 / Fax 031 328 86 19  
info@vbbg.ch

### **Redaktion**

Henriette von Wattenwyl, Bürgergemeinde Bern

### **Korrektorat**

gutesdeutsch.ch

### **Übersetzungen**

usg AG, Ittigen

### **Fotos**

zvg

### **Auflage**

400 Exemplare

### **Druck**

Prolith AG  
Grubenstrasse 22  
CH-3322 Schönbühl

# Inhaltsverzeichnis

<b>Organe</b>	<b>2</b>
<b>Die Präsidentin hat das Wort</b>	<b>3</b>
Drei neue Vorstandsmitglieder.....	4
Rede anlässlich der Hauptversammlung des Verbands bernischer Bürgergemeinden.....	5
Discours tenu lors de l'assemblée générale de l'Association des communes et corporations bourgeoises .....	8
Burgerrödel, Heimatscheine, Einbürgerungen der Landsassen und Heimatlosen .....	12
Ein Tannenzweig aus dem Bürgerwald sei unser Freiheit grünes Zeichen! .....	13
<b>Regionalversammlungen</b>	<b>15</b>
Amt für Wald (KAWA): Nachhaltige Waldwirtschaft – Organisation – Reviere .....	15
Waldbesitz und Bürgergemeinden .....	16
<b>Aus den Bürgergemeinden</b>	<b>18</b>
Bürgergemeinde Lyssach – Nachruf René Lehmann .....	18
Bürgergemeinde Mörigen – Rücktritt des Burgerrats Rudolf Blösch .....	18
Bürgergemeinde Studen – Rücktritt von Bürgerkassierin Myrtha Zwierz.....	18
Bürgerbauert Spiezwiler/Einigen – 50 Jahre unermüdlicher Einsatz von Paul Müller .....	19
<b>Vernehmlassungen</b>	<b>20</b>
Vernehmlassungen 2015 .....	20
Newsletter VBBG.....	20
Wichtige Daten/Dates importantes.....	22

# Organe

## **Präsidentin**

Vreni Jenni-Schmid, Kappelen

## **Vizepräsidentin /Vizepräsident**

Theres Rufer, Zuzwil (bis 21.8.2015 Vorstandsmitglied)

Ernst Schaad, Oberbipp (bis 21.8.2015)

## **Vorstand**

Silvia Barben, Spiez

Rolf Dähler, Bern

Markus Engemann, Thun

Walter Hofer, La Heutte

Peter Flück, Unterseen (bis 10.5.2015)

Andreas Grimm, Burgdorf

Gino Guerne, Tavannes

Bruno Gygax, Seeberg

Monika Gygax-Böniger, Obersteckholz

Peter Michel, Bern

Paul Mumenthaler, Huttwil

Fritz Nikles, Worben

Hans Georg Nussbaum, Bern

Silvain Rossel, Prêles (bis 10.5.2015)

Andreas Sutter, Biel

Silvia Thöni-Fischer, Brienz

## **Geschäftsstelle**

Henriette von Wattenwyl, Geschäftsführerin

Christine Rohrbach, Sekretariat

Verband bernischer Bürgergemeinden

und burgerlicher Korporationen VBBG

Bahnhofplatz 2, Postfach, 3001 Bern

info@vbbg.ch

www.vbbg.ch

## **Rechnungsführung**

Evelyne Banas

## **Kontrollstelle / Revisoren**

Céline Oppliger, Tavannes

Christof Santschi, Thun

## Editorial

### Die Präsidentin hat das Wort

«Verantwortungsbewusstsein ist der Schlüssel unserer Zukunft.» Justus Vogt



Liebe Leserin, lieber Leser

Im Jahr 1997 hat der VBBG sein erstes Informations-Blatt herausgegeben – mit dem heutigen Bulletin Nr. 19 sind bald zwei Jahrzehnte vergangen. Viele Aktualitäten konnten in diesen Jahren an Sie übermittelt werden. Auch bei der Lektüre der neusten Auflage werden Ihnen interessante Berichterstattungen begegnen, welche Ihnen vielleicht als Motivation und Erfüllung des Jahresziels 2016 für Ihre Bürgergemeinde dienen können.

Im vergangenen Verbandsjahr haben wir uns speziell mit der Thematik von «Nachhaltiger Waldwirtschaft, Organisation und Projekte» befasst. Gut besuchte Kurstage, organisiert durch das KAWA, haben uns dazu bewogen, ein zusätzliches Angebot für unsere Vereinsmitglieder zu schaffen. Der VBBG bietet Ihnen massgeschneiderte Beratungen an. Das positive Echo nach den Regionalkonferenzen hat uns ermuntert, die Beratungen und Schulungen weiterzuführen.

Gefreut habe ich mich ebenfalls über die zahlreichen Veranstaltungen von Bürgergemeinden und bürgerlichen Korporationen, welche mit ihren Projekten im Jahr 2015 an die Öffentlichkeit getreten sind.

In vielen Archiven unserer Bürgergemeinden werden geschichtlich wertvolle Hinweise, alte Schriften oder Rodel aufbewahrt. Um diesen alten Schätzen neue Aufmerksamkeit zu schenken, publizieren wir in dieser Ausgabe den Beitrag von Peter Schneider, Burgerschreiber a.D. aus Diessbach b/Büren. Falls auch Sie in Ihren Archiven interessante Funde machen, freuen wir uns, wenn Sie uns diese mitteilen.

Wichtige Informationen werden auf unserer Verbands-Website [www.vbbg.ch](http://www.vbbg.ch) auch direkt veröffentlicht.

Unsere Geschäftsstelle ist zudem dankbar, wenn Sie uns Ihre Adressmutationen und E-Mail-Adressen regelmässig mitteilen.

Die nächste Hauptversammlung des VBBG findet am 28. Mai 2016 in Schwarzenburg statt. Am 16. September 2005 wurde dort die Bürgergemeinde Wahlern neu gegründet und wurde zur eigenständigen Organisation. Eine erfreuliche Tatsache!

Die Hauptversammlung wird mehrere Vorstandsmitglieder sowie das Verbands-Präsidium neu zu bestimmen haben.

Gerne blicke ich auf die interessanten und vielseitigen 23 Jahre als Vorstandsmitglied (davon 19 Jahre als Vorsitzende) zurück. Sehr oft mussten wir schwierige Entscheide fällen und Verantwortung übernehmen. Ich danke an dieser Stelle meinen ehemaligen und heute aktiven Vorstandsmitgliedern sowie den Verantwortlichen in der Geschäftsstelle, die mir in dieser Zeit hilfreich und freundschaftlich zur Seite gestanden sind.

Mit diesem Editorial verabschiede ich mich ebenso mit einem herzlichen Dankeschön für die gute Zusammenarbeit von all' unseren Funktionären und Mitgliedern in den Gemeinden, den Verantwortlichen der Regierungs- und Kantonsbehörden sowie den zuständigen Verwaltungskreisen.

Für die bevorstehenden Fest- und Feiertage wünsche ich allen frohe und besinnliche Momente und einen guten Start ins Jahr 2016.

Auf Wiedersehen in Schwarzenburg!

Ihre Präsidentin, Vreni Jenni-Schmid

## Drei neue Vorstandsmitglieder

**Bruno Gygax, Walter Hofer und Silvia Thöni-Fischer** wurden an der Hauptversammlung in Bern in den Vorstand gewählt.

### **Bruno Gygax**

Bruno Gygax, geb. 1957, ist verheiratet und wohnt in Seeberg. Nach einer Lehre als Maschinenzeichner sowie der Ingenieurschule Burgdorf, trat er vor 28 Jahren in der Firma Glas Trösch in Bützberg seine erste Stelle an. Nach verschiedenen Funktionswechseln innerhalb der Firma, leitet Bruno Gygax heute die Kommunikation und ist verantwortlich für Public Affairs sowie die Isolierglas-Lizenznehmergruppe SANCO. Seit 22 Jahren engagiert sich Bruno Gygax in der Bürgergemeinde Seeberg. Zuerst als Sekretär, später als Vizepräsident und seit 18 Jahren als Präsident. In seiner Freizeit ist Bruno Gygax in verschiedenen Vereinen aktiv, fährt Ski, wandert, joggt, liest und reist gerne.

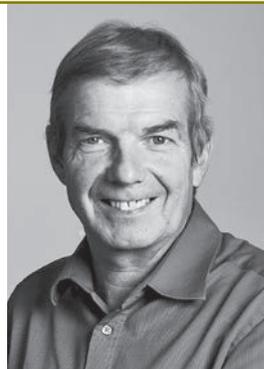


Bruno Gygax

---

### **Walter Hofer**

Walter Hofer, geb. 1950, ist verheiratet, Vater zweier Kinder und wohnt mit seiner Familie in La Heutte. Nach einer Lehre zum Schriftsetzer und Polygraph leitet er heute eine Druckerei. Seit 2010 ist Walter Hofer Präsident der Bürgergemeinde La Heutte. Gleichzeitig ist er Mitglied des Verbands Bürgergemeinden Berner Jura. In seiner Freizeit fährt Walter Hofer gerne Velo und wandert.



Walter Hofer

---

### **Silvia Thöni-Fischer**

Silvia Thöni-Fischer, geb. 1968, ist verheiratet, Mutter zweier Kinder und wohnt mit ihrer Familie in Brienz. Nach einer kaufmännischen Banklehre liess sie sich zur Finanzverwalterin ausbilden. Sie war während 11 Jahren für die Einwohnergemeinde Brienz und 10 Jahren für die gemischte Gemeinde Oberried als Finanzverwalterin tätig. Seit 2012 ist sie Burgerschreiberin, Kassierin und Rodelführerin der Bürgergemeinde Brienz. Vor diesem Schritt war sie in der Exekutive, während 13 Jahren als Burgerrätin, Burgerrats-Vize und Bürgergemeinde-Vize aktiv. In ihrer Freizeit widmet sich Silvia Thöni-Fischer ihrer Familie sowie ihrem Hund Joya. Sie liest gerne und treibt Sport. Im Vorstand des VBBG möchte Silvia Thöni-Fischer ihr Wissen und ihre Erfahrungen von der «Bürgergemeinde-Front» vor allem in den Bereichen Buchhaltung und Rodelwesen einbringen.



Silvia Thöni-Fischer

---

## Rede anlässlich der Hauptversammlung des Verbands bernischer Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen VBBG vom 9. Mai im Kultur Casino Bern

### Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen unseres Landes



Werner Luginbühl, Ständerat

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich, heute an ihrer HV das Wort an Sie richten zu können und danke Ihnen für die Einladung.

Es ist im Übrigen nicht das erste Mal. Schon einmal durfte ich an der GV des VBBG sprechen. Ich dachte, dies sei 8, 9 Jahre her. Ihre Präsidentin hat mich belehrt, dass es am 9. Juni 1999 gewesen sei, also vor ziemlich genau 16 Jahren. So vergeht die Zeit...!

Ich bin Burger in Krattigen am Thunersee. Mein Bruder ist Burgerpräsident. Vor ihm war dies auch schon mein Vater. Dadurch liegen die Burgergemeinden etwas in unserer Familie. Auch als Gemeindedirektor in den Jahren 1998 bis 2008 hatte ich immer wieder mit den Burgergemeinden zu tun. Ich weiss also, was sie leisten.

Sie, meine Damen und Herren, setzen sich als Repräsentanten der Burgergemeinden für das Wohl der Allgemeinheit ein. Das haben die Burgergemeinden immer schon getan, auch, als dieser Auftrag noch nicht in der bernischen Verfassung stand.

Trotz diesem altruistischen Engagement, gab es in der Geschichte der Burgergemeinden immer auch wieder Bestrebungen, diese abzuschaffen. Glücklicherweise waren die Mehrheiten immer klug genug, dies nicht zu tun. Die Burgergemeinden engagieren sich für das Gemeinwesen und erfüllen wichtige Aufgaben im gesellschaftlichen und sozialen Bereich. Das ist gerade in unserer Zeit keine Selbstverständlichkeit.

Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich für die öffentliche Sache zu engagieren, nimmt ab. Sie beweisen durch Ihr Engagement in der Burgergemeinde das Gegenteil. Sie engagieren sich – meist unentgeltlich – im Hintergrund, ohne den Applaus der Öffentlichkeit zu suchen. Diese Arbeit kann nicht hoch genug geschätzt werden, und ich möchte Ihnen dafür herzlich danken.

Je salue tout particulièrement les représentantes et les représentants des communes et des corporations bourgeoises du Jura bernois. Le canton de Berne fait le lien entre la Suisse romande et la Suisse alémanique. Il joue, à ce titre, un rôle important. Je le constate régulièrement dans mes travaux au niveau fédéral. Souvent, j'ai l'impression que les communes bourgeoises jouent un rôle comparable entre l'Etat et la population.

Meine Damen und Herren

In der Regel spricht an Ihren Hauptversammlungen ein Regierungsrat. In den vergangenen Jahren waren häufig die Strukturen und die Organisation des Kantons ein Thema. So auch in meinem Referat im Jahre 1999.

Heute steht für einmal ein Standesvertreter vor Ihnen. Da ich mich an den Grundsatz zu halten versuche, den Nachfolgern nicht drein zu reden (was mir zugegebenermassen nicht immer leicht fällt), spreche ich nicht zu einem kantonalen Thema.

Ich spreche auch nicht über die Energiestrategie 2050 oder die Altersvorsorge 2020. Ich äussere ein paar persönliche Gedanken über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen unseres Landes.

Die direkte Demokratie, meine Damen und Herren, hat der Schweiz über Jahrzehnte hinweg Stabilität, Verlässlichkeit, einen vernünftigen Umgang mit den Finanzen und eine vergleichsweise hohe Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den Institutionen gesichert.

Diese Faktoren waren massgeblich mit dafür verantwortlich, dass die Schweiz vom Armenhaus zu einem der reichsten Länder der Welt wurde und heute in fast allen Ranglisten im Ländervergleich im Spitzenfeld liegt. Allerdings: Auch die Firma Kodak war über 100 Jahre ein Erfolgsmodell mit zeitweise über 60 000 Mitarbeitenden. Weil man Entwicklungen verpasst hat, sind es heute noch etwa 10% davon.

Was will ich damit sagen? Eine Binsenwahrheit. Erfolg in der Vergangenheit garantiert noch keinen Erfolg in der Zukunft. Jedes Modell – auch Erfolgsmodelle – müssen an die aktuellen und künftigen Herausforderungen angepasst werden, wenn sie auch in Zukunft erfolgreich sein sollen.

## **Vom Nachtwächter zum allumfassenden Dienstleister**

Für unsere Grosseltern und zum Teil auch noch für unsere Eltern wäre es unvorstellbar gewesen, zum Staat zu rennen, wenn man sich selber nicht mehr helfen konnte. Für die modernen Bürgerinnen und Bürger ist dies eine Selbstverständlichkeit.

Die Forderungen und Erwartungen an und in den Staat sind innert weniger Jahre ins Unermessliche gewachsen.

## **Von der Leistungs- zur Konsumgesellschaft**

Unsere Vorfahren haben die Schweiz, die im vorletzten Jahrhundert noch maus-arm war, zu einem der reichsten Länder «gekrampft».

Dank Glück und Geschick wurden wir von ökonomischen und militärischen Katastrophen verschont. Die, die den Wohlstand erarbeitet haben, sind sich sehr wohl bewusst, woher er kommt. Die, die in den Wohlstand hinein geboren werden, weniger.

Wir haben uns an diesen Wohlstand gewöhnt und gestalten unser Leben nach unseren individuellen Bedürfnissen. Die Lust an Experimenten und Wagnissen nimmt ab, die Angst, etwas zu verlieren, zu.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant zu sehen, wie die jüngere Generation denkt. Gestützt auf Befragungen gibt die CS jährlich einen Jugendbarometer heraus und vergleicht diesen mit Erhebungen in anderen Ländern. Zwei, drei Ergebnisse aus der Erhebung 2014:

- Erstmals ist nur noch eine Minderheit der Befragten der Meinung, dass man froh sein müsse, eine Stelle zu haben.
- Im Beruf suchen die jungen Leute Selbstverwirklichung. Work-Life-Balance ist wichtiger als Karriere machen.
- Mit geschenkten 10 000 Franken würde eine deutliche Mehrheit der Jugendlichen Ferien machen (Jugendliche anderer Länder haben etwas existenziellere Bedürfnisse).

Fazit der Befragung: Die Schweizer Jugend heute hat eine schwache wirtschaftliche Orientierung / der Wohlstand ist so selbstverständlich, dass er gar nicht mehr erstrebenswert ist / die Jugend ist privilegiert, um nicht zu sagen verwöhnt.

Man könnte jetzt mit dem Finger auf die Jugendlichen zeigen. Dabei würde man allerdings ausblenden, dass diese jungen Leute unter der Obhut unserer Generation aufgewachsen sind.

Ob aber diese Einstellungen in einem internationalen Wettbewerb, der härter wird, für die Zukunft erfolgsversprechend sind, überlasse ich Ihrem Urteil.

## **Der Föderalismus wird ausgehöhlt**

Das Subsidiaritätsprinzip im Föderalismus sorgt dafür, dass staatliches Handeln auf die tiefst mögliche Ebene runter delegiert wird. Die Entscheide sollen so nahe wie möglich am Bürger gefällt werden. Das hat lange wunderbar funktioniert. Der Föderalismus à la Suisse darf als Erfolgsmodell bezeichnet werden.

Heute wird immer mehr auf Bundesebene geregelt und zentralisiert. Der Föderalismus wird damit ausgehöhlt. Mit ein Grund: Während auf Gemeindeebene Reformen und Fusionen in Gang gekommen sind, ist die Chance zu Reformen auf Kantonsebene nahezu null. Warum? Weil die klare Mehrzahl der Kantone vom Status Quo profitiert.

## **Ungebremste Regulierungswut**

Wir leben in einer Zeit der ungebremsten Regulierungswut.

In den Anfängen unseres Staatswesens ging es darum, die Sicherheit des Einzelnen und das Eigentum zu gewährleisten. Heute werden die Bürger zunehmend auch vor der eigenen Unvernunft bewahrt.

Jede Woche werden neue Forderungen aufgestellt, wo der Staat auch noch aktiv werden sollte. Fussgänger sollen Leuchtwesten tragen. Wer auf dem Fussgängerstreifen am Handy fummelt, soll bestraft werden.

Es gibt – und das ist kein Witz – eine Initiative, die Regeln zum Sexualkundeunterricht in der Bundesverfassung verankern will. 76% der Schweizerinnen und Schweizer wünschen scheinbar ein Verbot ungesunder Lebensmittel, wenn man einer Umfrage glauben darf. Dies nur einige Beispiele.

Woran liegt das?

Wir haben in unserer Vollkasko-Mentalität das Bedürfnis, die Sicherheit ständig zu verbessern. Immer wenn irgendwo etwas schief läuft, wird nach einem neuen Gesetz gerufen, damit das nicht mehr passieren kann. Wohin führt das?

Zu immer mehr Einschränkungen. Zu immer mehr Delegation von Verantwortung an den Staat und damit zu Verlust von Eigenverantwortung.

Wer ist schuld daran?

Alle ein bisschen. Zwar wird in Wahlkämpfen häufig nach dem Abbau von Vorschriften gerufen. Aber selbst bürgerliche Politiker schaffen es kaum, dies auch in die Tat umzusetzen. Wer das Wort «liberal» zumindest noch buchstabieren kann, ist in einen ständigen Abwehrkampf verwickelt (jede Session lehnen wir 30 bis 40 entsprechende Vorstösse ab).

Aber auch die Medien spielen eine wichtige Rolle. Sehr schnell wird skandalisiert, und wo etwas Skandalöses passiert, hat der Staat gefälligst einzuschreiten.

Aber auch viele Bürgerinnen und Bürger neigen dazu, in die Hysterie einzustimmen. Damit arbeiten jene, die sich über Bevormundung beklagen, mit daran, dass sie stärker bevormundet werden.

Der Philosoph, Dr. Ludwig Hasler, hat es in seinem Referat im August 2014 im Casino so gesagt: *Alles wird idiotensicher gemacht, und nachher wundern wir uns darüber, dass es so viele Idioten hat.*

Es geht häufig vergessen, dass sich gewisse Dinge nicht regeln lassen, dass gewisse Risiken nicht ausgeschlossen werden können.

Unser Problem, meine Damen und Herren, ist, dass wir häufig auch etwas Angst vor der Freiheit haben. Nicht vor der eigenen, aber vor jener der anderen. Das eingängigste Beispiel dafür ist der Hausbau. Wenn ich selber baue, sollte es möglichst keine Vorschriften geben. Wenn der Nachbar hingegen baut, können sie nicht streng genug sein. Und auch hier gilt: Man kann das Eine haben oder das Andere – aber nicht beides.

Es braucht in Politik und Gesellschaft eine viel kritischere Auseinandersetzung mit der Frage, ob es eine neue Vorschrift, die auf den ersten Blick gut aussieht, wirklich braucht oder ob das Problem nicht vielleicht über die Eigenverantwortung gelöst werden könnte.

Gesellschaftliche Entwicklungen lassen sich nicht aufhalten. Wenn wir aber gestützt auf bewährte Schweizer Tugenden wie Vernunft und Augenmass zurückhaltend regulieren, schaffen wir uns im internationalen Wettbewerb einen grossen Vorteil. Bei den Regulierungen muss es unser Ziel sein, nicht Vorreiter, sondern Nachzügler zu werden.

### **Skandalisierung / Empörungsbewirtschaftung / Boulevardisierung**

Befeuert wird die Regulierungswut durch die Informationsflut, durch Skandalisierung, Empörungsbewirtschaftung und Angstmacherei.

Die Medien kämpfen um unsere Aufmerksamkeit und berichten täglich über Aussergewöhnliches und Bedrohliches. Wir werden heute überschwemmt mit (meist) schlechten Neuigkeiten aus der ganzen Welt.

Dadurch entsteht bei vielen der Eindruck, die Welt sei völlig aus den Fugen geraten. Katastrophen, Kriege und Verbrechen nähmen weltweit zu, wir stünden kurz vor dem Kollaps. Ein Blick auf die Geschichte der Menschheit würde das Gegenteil beweisen. Es gibt nicht 100-mal mehr Probleme als früher. Wir haben 100-mal mehr Informationen darüber.

### **Globalisierung / Internationalisierung**

Die Globalisierung ist eine Realität. Die internationale Verflechtung nimmt zu. Dies führt zu einer Einschrän-

kung unserer politischen Handlungsfreiheit. Gerade uns Schweizern fällt es nicht leicht, dies zu akzeptieren. Die Zunahme an Komplexität und an Unübersichtlichkeit führt bei Vielen zu einem Rückzug auf sich selbst, auf das Überblickbare.

Die Schweiz zählt heute zu den wettbewerbsfähigsten Nationen der Welt. Unsere Hochschulen zählen weltweit zu den Besten. Dies ist vor allem auch darauf zurückzuführen, dass wir immer auf eine offene Gesellschaft und Wirtschaft gesetzt haben.

Vor der Abstimmung vom Februar 2014 behaupteten die Initianten, die Bilateralen könnten auch bei einer Annahme der Initiative problemlos weitergeführt werden. Heute wird immer klarer, dass dies nicht der Fall ist. Nun wird die Bedeutung der Bilateralen kleingeredet.

Das erachte ich als falsch. Die Bilateralen sind in den letzten Jahren für die Schweiz ein ganz wesentlicher Garant für Wachstum und Wohlstand gewesen, und es ist fahrlässig, dieses wichtige Vertragswerk mit unserem, mit Abstand wichtigsten, Handelspartner leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Die Behauptung, die EU sei stärker auf die Bilateralen angewiesen als wir, ist angesichts der effektiven Zahlen schlicht lächerlich.

Viele glauben, Wohlstand und Privilegien lassen sich durch Abschottung bewahren. Das Gegenteil ist der Fall: Abschottung würde uns ärmer machen. Ich hoffe nur, dass die Mehrheit der Schweizer das glaubt, bevor wir es am eigenen Leib erfahren.

Ganz generell wäre eine etwas unaufgeregttere, sachlichere Auseinandersetzung mit dem Thema «Europa» dienlich. Letztendlich muss es uns ja gelingen, die Bilateralen zu retten und die Zuwanderung zu drosseln.

Im Zusammenhang mit der MEI haben viele Leute auch eine gewisse Wachstumsmüdigkeit zum Ausdruck gebracht.

Und da bin ich skeptisch. Es gibt sicher Leute, die bereit sind, konkrete Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Bei vielen anderen verspüre ich zwar Wachstumsmüdigkeit, aber nicht die geringste Bereitschaft, auch die Folgen eines Null-Wachstums oder gar eines Schrumpfens – nämlich weniger Lohn und letztendlich weniger Wohlstand – zu akzeptieren.

Die NZZ nennt das «den wohlstandssatten, reformmüden und konservativen Zeitgeist». Wir sollten uns schon bewusst sein, wie gut es uns geht und wie rasch sich dies auch wieder ändern kann.

### **Volksrechte werden ausgehöhlt**

Die Volksrechte – vor allem das Initiativrecht – werden heute bis aufs Äusserste ausgereizt. Die Zahl der Initiativen steigt massiv. Das treibt unser System an

Grenzen und führt bei vielen Stimmberechtigten zu Überdross.

Gefährdet wird dadurch auch unsere Stabilität, eine der wichtigsten Qualitäten unseres Landes in der Vergangenheit. In diesem Bereich sind gewisse Korrekturen notwendig, davon bin ich überzeugt, auch wenn es ein Riesengeschrei geben wird.

### **Das Vertrauen in die Wirtschaft hat gelitten**

Soll die direkte Demokratie funktionieren, braucht es eine Art ausgewogenen Dreiklang zwischen Volk, Wirtschaft und Politik.

Die Bevölkerung muss den Eindruck haben, dass sie von einer florierenden Wirtschaft auch profitiert und dass die Politik das Gemeinwohl im Visier hat. Die Wirtschaft muss sehen, dass die Politik für vernünftige Rahmenbedingungen sorgt. Dieser Dreiklang, dieses Vertrauen war in den letzten Jahren gestört.

Ausgelöst wurde diese Störung durch die Finanzkrise 2008 und die Lohnexzesse einiger Weniger.

Ein vernünftiges Zusammenwirken Wirtschaft – Politik, eine emotionale und lokale Verankerung der Wirtschaft, ist nirgends so notwendig wie in der direkten Demokratie. In der direkten Demokratie werden an die Wirtschaftsführer höhere Ansprüche gestellt, was ihre Vorbildfunktion und ihr ethisches und moralisches Handeln betrifft, als in andern Systemen.

Warum das? Auch in andern Ländern stören sich Bürgerinnen und Bürger an überrissenen Löhnen. Es bleibt ihnen aber nichts anderes übrig, als die Faust im Sack zu machen. Bei uns ist das anders. In unserem System kann das Volk auf politischem Weg auch direkt in die Wirtschaft hineinsteuern (siehe Abzocker-Initiative).

Im Interesse aller muss es gelingen, den Dreiklang Wirtschaft – Gesellschaft – Politik wieder ins Lot zu bringen. Dazu braucht es unter anderem ein stärkeres Engagement von Wirtschaftsführern in Gesellschaft und Politik.

### **Auch die Politik muss in den Vertrauensaufbau investieren**

Aber auch Politikerinnen und Politiker müssen sich bewusst sein, dass, was Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit betrifft, in der direkten Demokratie höhere Anforderungen auch für sie gelten. Auch da besteht einiges an Handlungsbedarf!

### **Letztendlich sind auch die Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht**

Die direkte Demokratie stellt höhere Anforderungen – auch an Sie. Dazu gehört, dass man seine Mitverantwortung wahrnimmt und ein Minimum an Zeit in die Ausübung der politischen Rechte investiert.

### **Fazit**

Meine Damen und Herren, die Schweiz steht nach wie vor gut da. Es geht uns besser als allen Generationen zuvor. Es gibt nur zwei, drei Länder auf der Welt, in denen es den Menschen im Schnitt ebenso gut geht wie in der Schweiz.

Wohlstandssattheit, Verlust von Eigenverantwortung, sinkende Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement, fehlende Bereitschaft zu politischen Reformen sowie Abschottungstendenzen sind für mich aber Warnsignale, die ernst genommen werden sollten.

Denn eines ist klar: Um an die Spitze zu kommen, muss man besser sein als die Konkurrenz. Man muss aber auch besser sein als die andern, um an der Spitze zu bleiben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Werner Luginbühl, Ständerat Kanton Bern



### **Discours tenu lors de l'assemblée générale de l'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises (ABCB)**

#### **Le 9 mai au Kultur-Casino Berne**

#### **Développements et défis actuels de notre pays**

Madame la Présidente,  
Mesdames, Messieurs,

Je suis heureux de pouvoir m'adresser à vous aujourd'hui, à l'occasion de votre AG, et vous remercie de m'y avoir invité.

Ce n'est d'ailleurs pas la première fois car j'ai déjà eu le plaisir de prendre la parole à l'AG de l'ABCB. Je pensais que c'était il y a 8 ou 9 ans. Votre Présidente m'a appris qu'en réalité, c'était le 9 juin 1999, donc il y a près de 16 ans à peu de chose près. Comme le temps file !

Je suis Bourgeois de Krattigen, localité située sur les rives du lac de Thoune, et mon frère est Président de la Bourgeoisie. Mon père l'a été avant lui. Les communes bourgeoises sont donc profondément ancrées dans notre famille. En tant que directeur de commune de 1998 à 2008, j'ai sans cesse eu affaire aux communes bourgeoises. Je connais donc parfaitement leur apport. Vous, Mesdames et Messieurs, en tant que représentants des communes bourgeoises, vous vous engagez pour le bien-être de la collectivité. C'est ce qu'ont toujours fait les communes bourgeoises, même à l'époque où cette mission n'était pas encore inscrite dans la constitution bernoise.

Malgré cet engagement altruiste, dans l'histoire des communes bourgeoises, nombreuses furent les tentatives de les supprimer. Heureusement, les majorités

ont toujours été suffisamment éclairées pour ne pas le faire. Vous vous engagez pour le bien commun et remplissez des tâches importantes dans le domaine social et sociétal. Et c'est tout sauf une évidence à notre époque.

De moins en moins de citoyens ont envie de se mettre au service de la collectivité. Par votre engagement au sein de la commune bourgeoise, vous démontrez tout le contraire. Vous vous engagez dans l'ombre – le plus souvent à titre gratuit – sans chercher honneurs ni récompenses. Ce travail mérite la plus haute considération et je tiens, pour ma part, à vous en remercier du fond du cœur.

Je salue tout particulièrement les représentantes et les représentants des communes et des corporations bourgeoises du Jura bernois. Le canton de Berne fait le lien entre la Suisse romande et la Suisse alémanique. Il joue, à ce titre, un rôle important. Je le constate régulièrement dans mon travail au niveau fédéral. Souvent, j'ai l'impression que les communes bourgeoises jouent un rôle comparable entre l'Etat et la population.

Mesdames et Messieurs,

En règle générale, c'est un Conseiller d'Etat qui s'adresse à vous lors de vos assemblées générales. Ces dernières années, le sujet des structures et de l'organisation du canton a été fréquemment abordé. C'était d'ailleurs le cas lors de mon allocution de l'année 1999.

Aujourd'hui, une fois n'est pas coutume, c'est un Conseiller aux Etats qui se présente devant vous. Comme j'essaie de me tenir au principe de ne pas engager mes successeurs (ce qui, je l'avoue, n'est pas toujours simple), j'ai pris le parti de ne pas aborder un thème cantonal.

Je n'évoquerai pas non plus la Stratégie énergétique 2050 ou la réforme Prévoyance vieillesse 2020. En revanche, je vous confierai quelques réflexions personnelles sur les développements et défis actuels de notre pays.

Durant des décennies, la démocratie directe, Mesdames et Messieurs, a conféré à la Suisse une grande stabilité, lui a valu une gestion éclairée de ses finances et a permis aux citoyens de ce pays d'être hautement satisfaits de leurs institutions, plus que partout ailleurs. Ces facteurs ont grandement contribué à transformer la Suisse, pays pauvre au départ, en un des pays les plus riches au monde, aujourd'hui au sommet de la quasi-totalité des classements internationaux.

Cela dit, il y a plus de 100 ans, la société Kodak était, elle aussi, un modèle de réussite, l'entreprise ayant

employé par moments plus de 60 000 collaborateurs. Aujourd'hui, il ne reste qu'environ 10 % de cet effectif, Kodak étant passée à côté de grands développements techniques.

Où je veux en venir ? A ce qui pourrait passer pour une lapalissade, à savoir que le succès d'hier n'est pas une garantie de succès futur. Chaque modèle – y compris les modèles à succès – doit s'adapter aux défis actuels et futurs s'il veut assurer sa pérennité.

### **De veilleur de nuit à prestataire global**

Pour nos grands-parents et même encore pour nos parents, il aurait été inimaginable de s'adresser à l'Etat s'ils ne parvenaient plus à s'en sortir eux-mêmes. Pour les citoyens modernes que nous sommes, c'est devenu la chose la plus naturelle qui soit.

Les attentes à l'égard de l'Etat ont augmenté de manière exponentielle au cours des dernières années.

### **De la société du mérite à la société de consommation**

Nos aïeux ont fait de la Suisse, encore miséreuse au 19e siècle, l'un des pays les plus riches de la planète.

Avec une bonne dose de chance et d'habileté, nous avons pu échapper aux catastrophes économiques et militaires. Les gens qui ont œuvré à la prospérité d'un pays savent à quoi ils la doivent, ceux qui sont nés dans la prospérité, beaucoup moins.

Nous nous sommes habitués à cette prospérité et gérons nos vies selon nos besoins individuels. Nous n'avons plus la même envie d'expérimenter, de prendre des risques, mais bien davantage peur de perdre ce que nous avons.

Dans ce contexte, il est également intéressant de voir ce que pense la jeune génération. Sur la base d'enquêtes, le CS publie chaque année un Baromètre de la jeunesse et compare celui-ci aux résultats d'enquêtes réalisées dans d'autres pays. Voici deux ou trois résultats de l'enquête 2014 :

- pour la première fois, seule une minorité de personnes interrogées pense qu'il faut s'estimer heureux d'avoir un emploi;
- les jeunes cherchent à se réaliser à travers leur métier – l'équilibre entre vie professionnelle et vie privée est plus important que la carrière;
- s'ils recevaient 10 000 francs, la grande majorité des jeunes partiraient en vacances (les jeunes d'autres pays ont des besoins un peu plus existentiels).

Conclusion de l'enquête : aujourd'hui, la jeunesse suisse affiche une faible orientation économique / la prospérité est une telle évidence qu'elle n'est plus considérée comme souhaitable / la jeunesse est privilégiée, pour ne pas dire gâtée ».

On pourrait pointer les jeunes du doigt, bien sûr, mais ce serait oublier un peu vite que ces jeunes ont grandi sous la supervision de notre génération.

Je vous laisse en tout cas apprécier si une telle attitude est ou non une bonne chose pour le futur, dans un contexte de concurrence internationale de plus en plus acharnée.

### **Le fédéralisme est vidé de sa substance**

Dans le fédéralisme, le principe de subsidiarité doit faire en sorte que l'action des pouvoirs publics soit déléguée au niveau le plus bas possible. Les décisions doivent être prises dans une proximité maximale avec le citoyen. Cela a parfaitement fonctionné pendant de longues années. Le fédéralisme suisse peut être qualifié de modèle à succès.

Aujourd'hui, tout se passe de plus en plus à l'échelon fédéral, à l'échelon central donc. Le fédéralisme est de ce fait vidé de sa substance.

Et il y a une raison à cela : si des réformes et des fusions ont été lancées à l'échelon communal, la chance de voir des réformes aboutir à l'échelon cantonal est quasi nulle. Pourquoi ? Parce qu'une nette majorité de cantons a intérêt à jouer la carte du statu quo.

### **Une rage régulatrice sans limites**

Nous vivons une époque de rage régulatrice.

A ses débuts, notre Etat avait pour but de garantir la sécurité des personnes et des biens. Aujourd'hui, il essaie aussi de plus en plus de protéger les citoyens de leurs propres errements.

Chaque semaine, l'Etat se découvre de nouveaux domaines où il pense devoir agir. Ainsi, les piétons devraient avoir l'obligation de porter des gilets de sécurité et il serait question de mettre à l'amende les gens qui traversent les passages pour piétons en pianotant sur leur téléphone mobile.

Il existe – et ce n'est pas une plaisanterie – une initiative qui souhaiterait ancrer les règles des cours d'éducation sexuelle dans la Constitution fédérale. Par ailleurs, 76 % des Suisses semblent être en faveur d'une interdiction des aliments nocifs pour la santé, si l'on en croit une étude. Et ce ne sont là que quelques exemples.

A quoi doit-on ce phénomène ?

Dans notre mentalité « casco complète », nous avons le besoin d'améliorer sans cesse la sécurité. Et au moindre incident, des voix s'élèvent pour réclamer une nouvelle loi pour qu'il ne se reproduise plus.

Où cela nous mène-t-il ?

A de plus en plus de restrictions. A une délégation de plus en plus importante de notre responsabilité à l'Etat et, partant, à une perte de responsabilité individuelle.

La faute à qui ?

A nous tous dans une certaine mesure. Lors des élections, on prône volontiers une réduction du nombre de règles. Mais même les politiciens bourgeois ne parviennent pas réellement à mettre cela concrètement en œuvre. Les hommes et femmes politiques qui ont encore une notion même élémentaire du mot « libéral » doivent livrer un combat quotidien contre la rage régulatrice (à chaque session, nous rejetons 30 à 40 nouvelles initiatives).

Mais les médias jouent eux aussi un rôle important. Ils crient très vite au scandale et en appellent alors forcément à l'Etat pour qu'il intervienne.

De nombreux citoyens ont également tendance à participer à l'hystérie collective. Ceux-là même qui se plaignent de la mise sous tutelle étatique contribuent bien souvent eux-mêmes au phénomène.

Lors d'un exposé présenté au mois d'août au Casino, le philosophe Ludwig Hasler a dit ceci : tout est fait de manière idiote et nous nous étonnons ensuite qu'il y ait autant d'idiots.

On oublie souvent que certaines choses échappent à tout contrôle et que certains risques ne peuvent pas être exclus.

Notre problème, Mesdames et Messieurs, c'est que la liberté nous fait souvent un peu peur. Pas la nôtre mais celle des autres. La construction des maisons en est un bon exemple. Quand on construit soi-même, on aimerait qu'il y ait un minimum de règles. Mais si c'est le voisin qui construit, on les voudrait les plus strictes possibles. Là encore, on ne peut pas avoir le beurre et l'argent du beurre.

Dans la politique et la société, il faut se demander de façon beaucoup plus critique si une nouvelle règle qui paraît avoir du sens à première vue est réellement nécessaire ou si le problème ne peut pas être simplement résolu par la responsabilité individuelle.

Personne ne peut arrêter les développements sociaux. Pourtant, si nous régulons avec discernement, en nous basant sur ces vieilles vertus suisses que sont la raison et le bon sens, nous aurons un grand avantage face à la concurrence internationale. En matière de régulation, notre objectif doit être non pas d'être à la pointe mais de nous aligner sur les autres.

### **Scandalisation / exploitation de l'indignation / boulevardisation**

La rage régulatrice est attisée par le flot incessant d'informations, la scandalisation, l'exploitation de l'indignation et l'alarmisme à outrance.

Les médias se livrent une lutte acharnée pour capter notre attention et nous rapportent chaque jour une foule

de faits extraordinaires et de menaces. Nous sommes aujourd'hui submergés de mauvaises nouvelles (généralement en tout cas) venues du monde entier.

Beaucoup de gens ont donc l'impression de vivre dans un monde hors de contrôle, où tout n'est que catastrophes, guerres et crimes. Bref, nous serions au bord du gouffre. Un rapide rappel de l'histoire de l'humanité suffirait à démontrer le contraire. Les problèmes ne sont pas cent fois plus nombreux aujourd'hui, nous recevons simplement cent fois plus d'informations les concernant.

### **Mondialisation / internationalisation**

La mondialisation est une réalité et les interconnexions internationales vont croissant. Cela a pour effet de restreindre notre liberté d'action politique. Et nous, les Suisses, avons plus de peine que quiconque à l'accepter.

Tout est devenu plus complexe et inextricable et cela pousse un grand nombre de gens à se refermer sur eux-mêmes pour garder une vision cohérente des choses.

Aujourd'hui, la Suisse figure parmi les nations les plus compétitives au monde. Nos hautes écoles et universités font partie du gratin international. Et cela, nous le devons au fait que nous avons toujours misé sur une société et une économie ouvertes.

Avant le vote populaire de février 2014, les auteurs de l'initiative estimaient que les accords bilatéraux pouvaient être maintenus sans problème même en cas d'approbation du texte. Aujourd'hui, nous nous rendons de plus en plus compte que ce n'est pas le cas, à telle enseigne que certains tentent de minimiser l'importance des accords bilatéraux.

Je ne suis pas de cet avis. Au cours des dernières années, les accords bilatéraux ont été un garant essentiel de la croissance et de la prospérité de la Suisse et ce serait faire preuve de négligence de mettre en jeu, de manière irréfléchie, cet ensemble d'accords très important conclus avec notre principal partenaire commercial – et de loin.

Il est tout simplement ridicule, à la vue des chiffres réels, de prétendre que l'UE a davantage besoin des accords bilatéraux que la Suisse.

Beaucoup de gens pensent que l'isolationnisme permet de préserver la prospérité et les privilèges. Mais c'est en réalité tout le contraire : nous isoler aurait pour effet de nous appauvrir. J'espère simplement que la majorité des Suisses se rangeront à cette vision de choses avant d'en faire l'amère expérience.

De manière tout à fait générale, il serait bon d'avoir une analyse un peu plus factuelle et posée de la question

européenne. Il est essentiel en effet que nous sauvions les accords bilatéraux tout en contrôlant l'immigration.

Dans le cadre de l'IIM, beaucoup de gens ont aussi exprimé une certaine lassitude de la croissance.

Et là, je suis assez sceptique. Il se trouve certainement des gens qui sont prêts à accepter des restrictions concrètes. Chez beaucoup d'autres, je perçois certes une certaine lassitude de la croissance mais pour autant, je ne les crois pas le moins du monde disposés à assumer aussi les conséquences d'une croissance zéro, voire d'une décroissance, à savoir une baisse des salaires et, partant, moins de prospérité.

La NZZ a parlé d'un « état d'esprit conservateur nourri par une certaine lassitude de la prospérité et des réformes ». Nous devons être conscients de la chance que nous avons d'être aussi prospères et de la rapidité avec laquelle tout cela peut changer.

### **Les droits populaires sont vidés de leur substance**

Aujourd'hui, les droits populaires – le droit d'initiative surtout – sont poussés dans leurs derniers retranchements. Nous assistons à une explosion du nombre d'initiatives. Cela mène notre système à la limite de ses possibilités et crée un sentiment de saturation chez bon nombre d'électeurs.

Notre stabilité est ainsi également mise en péril et la stabilité a toujours été l'une des principales qualités de notre pays par le passé. Dans ce domaine, certaines corrections sont nécessaires, j'en suis convaincu, même si cela va créer un tollé général.

### **La confiance dans l'économie est écornée**

Si nous voulons que la démocratie directe fonctionne, il faut garantir une certaine harmonie entre le peuple, l'économie et la politique.

La population doit avoir l'impression qu'elle profite également d'une économie florissante et que le monde politique pense à l'intérêt général. Le monde économique, de son côté, doit voir que le monde politique crée des conditions cadres raisonnables. C'est cette harmonie, cette confiance qui a été mise à mal ces dernières années.

Ce « brouillage » est dû à la crise financière de 2008 et, dans une moindre mesure, aux rémunérations excessives.

Dans un pays à démocratie directe, une interaction judicieuse entre l'économie et la politique et un ancrage émotionnel et local de l'économie sont plus importants que partout ailleurs. Dans une démocratie directe, on attend davantage des leaders économiques en termes d'exemplarité, d'éthique et de morale que dans tout autre système.

Pourquoi cela ? Dans d'autres pays, les citoyens s'émeuvent également du niveau trop élevé de certaines rémunérations mais ils n'ont pas d'autre choix que faire le poing dans la poche. La situation est différente chez nous. Dans notre système, le peuple peut aussi agir politiquement dans le domaine économique, comme lors de l'initiative contre les rémunérations abusives.

Dans l'intérêt de tous, nous devons parvenir à rétablir la nécessaire harmonie entre l'économie, la société et la politique. Cela suppose entre autres un plus grand engagement des leaders économiques dans le domaine social et politique.

Le monde politique doit aussi investir dans la confiance. Cela étant, les hommes et femmes politiques doivent être conscients du fait qu'ils sont eux aussi soumis à de plus hautes exigences en termes de crédibilité et de sérieux dans un système de démocratie directe. Dans ce domaine aussi, il y a du pain sur la planche !

### **Enfin, les citoyens ont eux aussi des obligations**

La démocratie directe implique d'importantes exigences, y compris à votre égard. Elle suppose notamment que chacun assume sa part de responsabilité et consacre un minimum de temps à l'exercice de ses droits politiques.

### **Conclusion**

Mesdames et Messieurs, la Suisse a toujours d'excellentes cartes. Nous sommes plus prospères que toutes les générations qui nous ont précédés. Et il n'y a que deux ou trois pays au monde où, en moyenne, les gens vivent mieux qu'en Suisse.

Une certaine lassitude de la prospérité, la dilution de la responsabilité individuelle, le manque d'engagement social, l'absence de volonté réelle de lancer des réformes politiques et les tendances isolationnistes sont néanmoins pour moi autant de signaux d'alerte à prendre au sérieux.

Car une chose est sûre : pour arriver au sommet, il faut être meilleur que la concurrence. Mais il faut être meilleur que les autres pour y rester.

Je vous remercie de votre attention !

Exposé du Conseiller aux Etats Werner Luginbühl

## Burgerrödel, Heimatscheine, Einbürgerungen der Landsassen und Heimatlosen Gedanken eines pensionierten Burgerschreibers

Vor 154 Jahren wurden im Amtsblatt des Kantons Bern den bernischen Burgergemeinden das Verzeichnis der zwangsweise eingebürgerten Landsassen und Heimatlosen mitgeteilt. In der Zwischenzeit hat sich einiges verändert.

Seit frühesten Zeiten gab es in der alten Eidgenossenschaft sogenannte Heimatlose, die als Gaukler, Wahrsager, Taschenspieler, Musikanten und Pilger ihren Lebensunterhalt verdienten und nie irgendwo heimisch wurden. Immer wiederkehrende Kriege, religiöse Verfolgungen und soziale Missstände aller Art hatten zur Folge, dass sich dauernd Menschen auf die Wandschaft begaben, ohne je ein Zuhause zu finden.

Zur Zeit der Reisläuferei nahm das Landstreichertum erheblich zu. Da alle alten Orte darunter litten, befasste sich im Jahre 1520 die Tagsatzung mit dem Problem des Bettlerunwesens. Es wurde entschieden, dass die einheimischen Bettler in die Orte (Kantone) ihrer Herkunft und die fremden (Ausländer) des Landes verwiesen werden sollten. Mit der Reformation ging die Armenpflege von der Kirche auf die Gemeinden über. Trotz allen Bemühungen liessen sich nicht alle kantons-eigenen Heimatlosen irgendwo ansiedeln. Entsprechend stellte die Almosenkammer im Jahre 1744 vier Heimatlosklassen auf. Es fehlte nicht an Bemühungen der Regierung, diesen Leuten doch eine Heimat zu schaffen. Man gedachte, Neusiedlungen in Einöden zu erstellen oder die Heimatlosen als Kolonisten ausser Landes zu schicken. Verschiedene Kommissionen nahmen sich dem Problem an. Doch alle Bemühungen verliefen im Sande. Im Februar 1780 kam es zur Errichtung einer Landsassenkorporation. Statt des Ausdruckes «Heimatlose» sollte in Zukunft das bessere und schicklichere Wort «Landsassen» gebraucht werden. Diesen Landsassen wurde nun ein «Korporations-schein» ausgestellt mit der Wirkungen eines Heimatscheines. Doch auch damit wurde das gewünschte Ziel nicht erreicht. Im Gegenteil, die Zahl der Landsassen nahm ständig zu. In der Zeit der Helvetik wurde versucht, die vorhandenen Heimatlosen zu erfassen und nach einem bestimmten Schlüssel auf die Kantone zu verteilen. Das Problem blieb aber unverändert.

1820 kam es schliesslich zu einem «Concordat». Es wurde vereinbart, dass sich die «concordirenden Stände gegenseitig verpflichten, der eine den Cantonsbürger des andern den Aufenthalt und die Niederlassung zu gestatten.»

Zwei Jahre später wurde die «Verordnung zur Einfüh-

rung von Bürger – Rödeln zu Stadt und Land» erlassen. Vielerorts wurden die Register vorerst mangelhaft geführt, so dass der «Justiz- und Polizy-Rath» ein Kreisschreiben an alle Oberamt männer des Kantons Bern versandte und die «gehörige Ausstellung der Heimatscheine und auf die genau und zweckmässig zu führenden Burgerrödel und Heimatscheinregister» aufmerksam machte.

Nach wie vor blieb aber das Problem der Heimatlosen bestehen. Eine endgültige Lösung brachte erst die Bundesverfassung von 1848. Gestützt darauf wurde das Bundesgesetz betreffend die Heimatlosigkeit erlassen. 1861 erfolgte im Amtsblatt des Kantons die nachstehende Publikation:

«Die Direktion der Justiz und Polizei des Kantons Bern teilt hiermit den Burgergemeinden des alten Kantons-teiles das von Regierungsrat genehmigte Verzeichnis der eingebürgerten Landsassen und Heimatlosen mit. Bei jeder Gemeinde steht die Anzahl der in erster und zweiter Teilung und durch das Los ihnen zugeteilten Personen vorgemerkt.»

Die Auflistung der den Burgergemeinden im Kanton Bern zugeteilten Heimatlosen (Geschlechter, Anzahl Personen, Zuteilung auch durch Losentscheide) ist im Amtsblatt des Kantons Bern Nr. 86 vom 26. Oktober 1861 publiziert und hoch interessant.

Interessierte können das erwähnte Amtsblatt im Staatsarchiv Bern einsehen.

Es gab in der Folge immer wieder Zeiten, wo ein Angriff auf das Bürgerrecht bzw. die Abschaffung der Burgergemeinden zur Diskussion stand. In den 1880er-Jahren war es der freisinnige Bernburger Brunner, der sich stark für die Abschaffung der Burgergemeinden einsetzte. Mit Ulrich Dürrenmatt hatte er aber einen Gegner, der ihm die Stange halten konnte und zusammen mit der bernischen Burgerschaft das ganze Vorhaben vereiteln konnte. Auch bei der Ausarbeitung der neuen bernischen Staatsverfassung von 1993 war das erwähnte Thema wiederum sehr aktuell.

Mit dem Gemeindegesetz von 1917 und 1973 wurde das Recht der Burgergemeinden zur Einbürgerung weiterhin gewährt. Seit Jahrhunderten sind die Burgergeschlechter in den Büchern zur Geburt/Taufe, Hochzeit und Tod in den sogenannten Bürger-Rödeln eingetragen. Jahrhunderte lang wurden aufgrund dieser wertvollen Bücher durch die Burgerschreiber landauf landab die Heimatscheine für ihre Gemeindeangehörigen ausgestellt. Auch für den Schreibenden war das in seiner 27-jährigen Amtszeit während einiger Jahre eine gefreute Aufgabe.

Gestützt auf das 1997 in Kraft getretene «Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht» ist es nicht

mehr die Bürgergemeinde, welche den Heimatschein ausstellt, sondern der zuständige Zivilstandskreis.

Diese Situation und die Einführung der elektronischen Datenübermittlung (Infostar) hat mehrere Bürgergemeinden veranlasst, die Burgerrödel nicht mehr weiterzuführen. Dabei betrachte ich diese Bücher als die Grundlagen unserer Bürgerfamilien mit einem sehr hohen ideellen Wert. Leider wird das heute vielfach missachtet. Wie viele zusätzliche Informationen sind doch in den Burgerrödeln enthalten. Da gibt es Vermerke über besondere Dorfbegebenheiten, von Sonnenfinsternissen, von Unglücksfällen, Wahrsagerinnen, Hinweise auf Hofchroniken und dergleichen. All das kann weitergeführt werden, sofern man will. Viel Schönes und Gutes kann dadurch erhalten bleiben. Herz und Gemüt des Burgervolkes finden hier Eingang zum Erhalt und zur Aufzeichnung für unsere Nachfahren.

Jährlich sprechen interessierte Bürgerinnen und Bürger aus allen Landesgegenden und sogar zeitweise aus den USA beim Schreibenden vor, die nach den Zeugnissen und Wurzeln ihrer Vorfahren nachforschen. Grosse Freude stellt sich jeweils ein, sobald sie den roten Faden ihrer Familiengeschichte gefunden haben. Nicht selten kann diesen Leuten auch noch der Bauernhof ihrer Vorfahren gezeigt werden. Es ist das Bedürfnis vieler Menschen geworden, über ihre Verwurzelung und ihre historische Verankerung Kenntnis zu erhalten.

Wo immer es einer bürgerlichen Institution erlaubt ist, sollte sich diese bemühen, solche Aktivitäten wie die Weiterführung der Burgerrödel zu fördern. Dadurch bleiben die Familiengeschichten, die Verwurzelung und die kulturellen Leistungen unserer Vorfahren als wesentliche Grundlagen erhalten.

[Ausführlicher Text im Web www.vbbg.ch](http://www.vbbg.ch)

[Peter Schneider, alt Burgerschreiber](#)



## Ein Tannenzweig aus dem Bürgerwald sei unser Freiheit grünes Zeichen!

Als pensionierter Burgerschreiber stiess ich im Archiv der Bürgergemeinde Diessbach bei Büren auf interessante Hinweise, welche die Festschrift «50 Jahre Verband Bernischer Bürgergemeinden und Bürgerlicher Korporationen» ergänzen.

«Ein Tannenzweig aus dem Bürgerwald sei unser Freiheit grünes Zeichen!». Mit diesen Worten beginnt der «Seeberg-Spruch», mit welchem der Oppositionspolitiker Ulrich Dürrenmatt 1885 die Bürger zu einer Volksversammlung nach Seeberg eingeladen hat.

Wer war dieser Ulrich Dürrenmatt, der meines Erachtens «Retter der Bürgergemeinden» genannt werden dürfte?

Ulrich Dürrenmatt, geboren am 20. April 1849 im Schwandacker bei Guggisberg, war besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein bissiger, konservativer Oppositionspolitiker. Dürrenmatt gehörte der damaligen konservativen Partei des Kantons Bern an. Er zog 1880 nach Herzogenbuchsee und wurde dort 1881 Inhaber der «Berner Volkszeitung».

Der Name Ulrich Dürrenmatt war bis 1908 eng mit der bernischen und eidgenössischen Politik verbunden. Sein politischer Kampf war einzigartig. Als Zeitungsschreiber verfasste er leidenschaftliche Leitartikel und wurde berühmt-berüchtigt durch seine Titelgedichte. Nebst Parteipräsident war er auch Grossrat und gegen Ende seines Lebens auch Nationalrat. Was Dürrenmatt schrieb, liess niemanden kalt. Tausende von Lesern warteten jeden Mittwoch und Sonntag auf Dürrenmatts bissige Strophen. Keine Blösse des Gegners, keine Schwäche der Gegenpartei entgingen seinem Spott. Seine spitze Feder trug «U. D.» nebst Handgreiflichkeiten auch eine Reihe von Prozessen ein. Einige hat er gewonnen, die Mehrheit aber verloren. Trotzdem durfte sich der politische Dichter einer grossen Anhängerschaft erfreuen.

Zum grossen Triumph von Dürrenmatt kam es im Jahre 1885. Die Verhandlungen zur neuen bernischen Kantonsverfassung waren voll im Gange und von freisinniger Seite kam die Forderung, dass die Einwohnergemeinde als einzige öffentliche Körperschaft bestehen bleiben sollte. Die Konservativen unter der Führung von Ulrich Dürrenmatt betrachteten die Aufhebung der Bürgergüter als eine «gewalttätige Verletzung titelfesten, verbrieften Eigentums». Die Eingabe der Konservativen fanden aber im Gremium der vorbereitenden Verfassung absolut keine Berücksichtigung. Im Verfassungsentwurf wurde bestimmt, dass die Bürgergemeinden abgeschafft und ihre Armen- und Nutzungsgüter an die neue einheitliche Gemeinde übergehen sollten. Mit vehementer Politik und Einsatz von Dürrenmatt wurde die Versammlung in Seeberg zum grossen Triumph. Am 1. März 1885 war es dann soweit, der Verfassungsentwurf mit der vorgesehenen Abschaffung der Bürgergemeinden wurde mit 56443 gegen 31460 Stimmen verworfen! Auch an der darauffolgenden Abstimmung, im Jahr 1893, konnte Dürrenmatt die Bürgergemeinden erneut mit einem sensationellen Abstimmungsergebnis verteidigen. Noch heute steht ein Gedenkstein auf einer Anhöhe gegen Thunstetten, der an sein Engagement erinnern soll.

Mit folgendem Titelgedicht wusste Dürrenmatt die Bürger für die Versammlung in Seeberg zu mobilisieren:

Ein Tannzweig aus dem Bürgerwald  
Sei unser Freiheit grünes Zeichen!  
Niemals der List, nie der Gewalt  
Soll unser Recht, das gute weichen!  
Wie immer dieser Zweig verdorrt,  
Sei niemals unser Recht verschnorrt.

Und schickt Ihr einen Kommissär,  
Den eigenen Wald uns zu verbieten,  
Und kommt der Brunner selber her,  
Das schwache Balkenwerk zu nieten;  
Warum Ihr Herren Brunner und Rätz,  
Verachtet selbst ihr das Gesetz?

Hier ist kein Kommunarden-Nest,  
Hier wird kein Bürgerbrief zerrissen!  
Ihr Bürger-Männer, schaaft Euch zum Protest  
Die Berner Herren sollen's wissen!  
Und leert er stundenlang den Kropf,  
Hier applaudiert kein Schreibertropf.

Hier findet keinen Unterschlauf  
Die spitze Advokaten-Lüge;  
Die «Unvernünft'gen» wachen auf  
Dass kein «Programm» sie mehr betrüge.  
Je süsser die Pille macht,  
Je mehr nimmt sich das Volk in Acht.

Ein Tannzweig aus dem Bürgerwald  
Sei unser Freiheit grünes Zeichen,  
Zum Zuge schaaft sich Jung und Alt,  
Ein Volksgerecht soll Dich erreichen,  
Ein Donnerwetter, wie sich's gebührt  
Dem Führer, der das Volk verführt.

Acht Jahre später war der erneute Verfassungsentwurf allgemein genehm. Dürrenmatt warb in seiner Zeitung und hielt an mehreren Orten Vorträge, um Bauern und Bürger zur Annahme zu bewegen. Als das erfreuliche Ergebnis am 4. Juni 1893 bekannt war, zeigte kaum jemand mehr Befriedigung darüber als Ulrich Dürrenmatt.

Dürrenmatts dichterische Ader lebte weiter in seinem Neffen, dem berühmten Friedrich Dürrenmatt (1921–1990).

Peter Schneider, alt Burgerschreiber Diessbach

## Regionalversammlungen

### Bürgerliche Zukunft des Berner Waldes

Die Bürgergemeinden und bürgerlichen Korporationen blicken auf eine stolze Geschichte zurück, in welcher der Wald und seine Bewirtschaftung eine wichtige Rolle spielen. Angesichts der grossen wirtschaftlichen Veränderungen gilt es nun, die Zukunft der Waldwirtschaft neu zu gestalten.

Für den Kanton und seine Bevölkerung ist eine aktive Waldwirtschaft wichtig: Der Wald soll den regionalen Holzbedarf decken, er schützt vor Naturgefahren und dient der Artenvielfalt sowie dem Trinkwasserschutz. Zudem ist der Wald ein Ort für Erholungssuchende. Geht die Waldbewirtschaftung weiter zurück, muss der Staat bei den genannten öffentlichen Leistungen zunehmend in die Bresche springen. Dies liegt weder im Interesse des Kantons noch kann es im Sinne der Waldbesitzer sein.

Die gemeinsame Entwicklungsstrategie der Berner Waldbesitzer (BWB) und des Amtes für Wald (KAWA) knüpft an diesen Überlegungen an: Die Waldbesitzer sollen weiterhin in der Lage sein, die gesellschaftlichen Bedürfnisse nach Gütern wie Holz und Dienstleistungen, beispielsweise dem Schutz vor Naturgefahren, Biodiversität oder Freizeit/Erholung nachhaltig zu erfüllen. Die Leistungen müssen transparent gemacht und angemessen finanziert sein. Dies erfordert klare Ziele und konsequente Massnahmen. Und der Lohn dafür? Eine weiterhin hohe Eigenständigkeit und der Stolz auf einen wirtschaftlich erfolgreichen Wald.

### Waldwirtschaft hat Potential

Die Zukunft des Berner Waldes wird auch eine bürgerliche Zukunft sein, wenn es gelingt, die Waldbewirtschaftung unternehmerisch auszurichten und vermehrt zusammenzuarbeiten. Die Herausforderungen sind im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld jedoch besonders gross. Dies legen Roger Schmidt, Vorsteher des Amtes für Wald, und Franz Weibel, ehemaliger Forstmeister der Bürgergemeinde Bern und Vorstandsmitglied der Berner Waldbesitzer, bei den Regionalkonferenzen dar. Im Rahmen des NFA-Programms Waldbewirtschaftung wird nun die Entwicklung von unternehmerischen Strategien und Strukturen im Kanton Bern gefördert. Im öffentlichen Wald steht dabei die Bildung professioneller Bewirtschaftungseinheiten im Vordergrund, was eine gewisse Betriebsgrösse und damit die Zusammenarbeit der Bürgergemeinden und Körperschaften erfordert. Dazu braucht es die Initiative der Waldbesitzer, denn die Lösungen müssen ihren regionalen Bedürfnissen entsprechen. Mit einem Kursangebot für

Waldverantwortliche in Gemeinden werden mögliche Lösungsansätze vorgestellt und diskutiert. Bereits haben sich ca. 40 Teilnehmende an zwei Fachtagen getroffen. Das Kursangebot wird 2016 fortgesetzt, wobei neu neben dem KAWA und dem BWB auch der VBBG in der Trägerschaft mitwirkt.

### **Reorganisation KAWA**

Roger Schmidt hat an den Regionalkonferenzen zudem die neue Organisation des Amtes erläutert. Diese soll mit einer klaren, einheitlichen Ausrichtung des kantonalen Forstdienstes die Umsetzung der walddpolitischen Ziele – unter Berücksichtigung von regionalen Besonderheiten – ermöglichen. Die Revierorganisation dient der Erfüllung der kantonalen Aufgaben im Wald: Waldaufsicht, Beratung der Waldbesitzer sowie Anzeichnung und Bewilligung der Holzschläge. Sie hat sich bewährt und wird nicht grundlegend überprüft. Bei personellen oder organisatorischen Veränderungen in den Revierträgerschaften soll sich die Revierorganisation jedoch gemäss Vorgaben des Waldgesetzes flexibel den neuen Bedürfnissen anpassen.

Roger Schmidt, Vorsteher Amt für Wald des Kantons Bern



### **Waldbesitz und Burgergemeinden**

Für viele Burgergemeinden ist der Wald sehr wichtig. Er ist ein Teil ihrer Identität, und bis vor einigen Jahren war er sicherlich die wichtigste Ertragsquelle.

### **Entwicklungsstrategie Waldwirtschaft BE**

Das kantonale Amt für Wald (KAWA) hat gemeinsam mit den Berner Waldbesitzern (BWB) eine Entwicklungsstrategie für eine nachhaltige Waldwirtschaft BE unterzeichnet. Damit neben den kantonalen auch in den burgerlichen Wäldern nachhaltige Bewirtschaftung garantiert werden kann, setzte der Vorstand VBBG eine Arbeitsgruppe ein. Die Stossrichtungen der Entwicklungsstrategie Waldwirtschaft BE sowie des Ausschusses VBBG sind weitgehend deckungsgleich. Wenngleich der Ausschuss VBBG dem burgerlichen Grundeigentum und Vermögen eine besondere Bedeutung beimisst.

Im Rahmen des Programms Entwicklungsstrategie Waldwirtschaft BE wurden in diesem Jahr erste Kurse für Waldverantwortliche durchgeführt, welche insbesondere auch bei den burgerlichen Waldbesitzern auf grosses Interesse stiessen.

### **VBBG unterstützt Fortsetzung der Kurse**

In den Kursen für Waldverantwortliche wird den politisch Verantwortlichen aufgezeigt, welche Aufgaben

Sie als strategisch zuständiges Organ übernehmen sollten und wie sich dies positiv auf das finanzielle Ergebnis des Waldbesitzes auswirken kann.

Der VBBG beteiligt sich finanziell an der Weiterführung von Kursen im Jahr 2016 und tritt somit gemeinsam mit KAWA und BWB als Trägerschaft nach aussen auf. Ziel ist es, dass die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer:

- Sinn und Notwendigkeit der nachhaltigen Waldbewirtschaftung erkennen;
- das wirtschaftliche Potential ihrer Wälder kennen;
- einen Einblick in die Strategieentwicklung im Forstbetrieb erhalten;
- Möglichkeiten und Instrumente der Umsetzung im eigenen Zuständigkeitsbereich kennen lernen.

Ganz wichtig ist es, dass die Verantwortlichen der einzelnen Burgergemeinden auf strategischer Ebene konkrete Ziele und Strategien für ihren Forstbetrieb festlegen. Die jahrelange Praxis muss und darf hinterfragt werden. Ein Kursschwergewicht wird auf klare, widerspruchsfreie Zielsetzungen für den Wald und den Forstbetrieb gelegt. Gestützt darauf ergeben sich die Folgerungen für organisatorische Anpassungen fast von selbst.



## Beratungsangebot des VBBG

Mit dem Kurs sollen die Waldverantwortlichen ermuntert werden, externe Beratung in Anspruch zu nehmen. Wichtig ist hier, dass sich die Bürgergemeinden von Beginn weg an eine kompetente, unabhängige Stelle wenden können. Die Waldbesitzerin soll nach Möglichkeit nicht irgendeine naheliegende Beratung, sondern eine geeignete Beratung erhalten (oftmals sind es nämlich nicht primär forstliche Fragen).

Der VBBG stellt über die Geschäftsstelle eine Erstkontaktberatung für Bürgergemeinden und Korporationen sicher, die diese dabei unterstützt, einen geeigneten Beratungspartner zu finden. Die Dienstleistung wird durch Franz Weibel sichergestellt, der über langjährige Erfahrung in betriebswirtschaftlichen wie auch in waldwirtschaftlichen Fragen verfügt.



«Gut fürs Budget, den Wald und die Bevölkerung» – die Kurse für Waldverantwortliche stossen auf grosses Interesse.

Das Beratungsangebot des VBBG bezieht sich auf Fragen rund um den Wald für burgerliche Behördenmitglieder. Der VBBG will die Behörden in ihrem Mandat als Waldverantwortliche unterstützen und sie motivieren, nach zukunftsfähigen Lösungen in der Waldbewirtschaftung zu suchen.

Das Ziel der Erstberatung ist es, das Leitbild und die Ziele zu besprechen und zu präzisieren. Dazu wird der Betrieb grob analysiert, um Handlungsbedarf und mögliche Stossrichtungen zu erkennen. Aus diesen Grundlagen heraus sollen dann Entscheide für das weitere Vorgehen gefällt werden. Im weiteren Vorgehen können die Bürgergemeinden im Rahmen der Entwicklungsstrategie Waldwirtschaft BE von Beratungsstunden, die durch das KAWA finanziert werden, profitieren.

## Table Ronde des VBBG

Zahlreiche burgerliche Waldverantwortliche werden bis Ende September 2015 einen Kurs für Waldverantwortliche aus dem Programm Entwicklungsstrategie Waldwirtschaft BE besucht haben. Der VBBG lädt burgerliche Waldverantwortliche aus den Regionen, die am Kurs für Waldverantwortliche teilgenommen haben, zu einer Table Ronde ein. Die Diskussionen bei den bisherigen Kursen haben gezeigt, dass wohl vielerorts Handlungsbedarf besteht. Diese Ergebnisse sollten nicht in der Schublade verschwinden. Der VBBG möchte seine Mitglieder motivieren, diese Erkenntnisse weiter zu vertiefen und nach besseren Lösungen zu suchen.

An diesem Abend soll in ungezwungenem Umfeld über die Fortschritte und Hürden bei der Weiterentwicklung der eigenen Waldbewirtschaftung gesprochen werden.

Vorgesehen sind folgende Table-Ronde-Veranstaltungen (die Einladungen folgen per Mail):

- Teilnehmer 1./2. Kurs: 19. Januar 2016 (Raum Oberland)
- Teilnehmer 1./2. Kurs: 20. Januar 2016 (Raum Mittelland/Seeland)
- Teilnehmer 3./4. Kurs: Termine und Orte offen

## Einsatz für ein starkes, burgerliches Waldeigentum

Das Waldeigentum ist für die Bürgergemeinden und burgerlichen Korporationen sehr wichtig. Damit es keine defizitären Waldrechnungen gibt, muss unter Umständen nach neuen Lösungen gesucht werden. Vielleicht braucht es ein Zusammengehen mit anderen Bürgergemeinden, damit eine rentable Waldbewirtschaftung wieder möglich wird.

Der VBBG unterstützt seine Mitglieder bei diesen Überlegungen.

Henriette von Wattenwyl, Bürgergemeinde schreiberin,  
Bürgergemeinde Bern

## Aus den Burgergemeinden

### Burgergemeinde Lyssach

#### Nachruf René Lehmann



Im Alter von 39 Jahren wurde René Lehmann im Frühjahr 1994 als Burgerrat und Burgerratskassier der Burgergemeinde Lyssach gewählt.

Es zeigte sich schon bald, dass er ein Mann der Zahlen war und sein Metier beherrschte. So führte er die digitale Buchhaltung in die bis dahin von Hand geführte Buchhaltung ein. Sein Fachwissen reichte bis in die Baubranche, wo er bei der Realisation des Neubaus im Nassi unterstützend mitwirkte.

Aktiv machte er auch etliche Jahre beim Verband der Bernischen Finanzverwalter mit, vertrat den Burgerrat in der Flurgenossenschaft der Gemeinde Lyssach und nahm mit seinen Burgerratskollegen gerne an den Versammlungen des Verbandes der Bernischen Burgergemeinden teil.

An den Burgerratssitzungen hatte seine Meinung Gewicht. Er hielt mit dieser nicht zurück, sondern tat diese auch unverblümt kund.

René bewegte sich immer gerne im Bürgerwald und hielt seine Eindrücke von Flora und Fauna in vielen gelungenen Fotos fest.

Im Frühjahr war immer die Zeit des «Tanndlissetzens», und René sorgte mit grosser Hingabe für das leibliche Wohl der Setzmannschaft. Unvergessen sind seine Spezialitäten «Suppe mit Spatz» und «Zunge mit Kartoffelstock» an einer herrlich mundenden Kapernsauce, zubereitet auf seinem eigens dafür angeschafften «Holzfüröfeli».

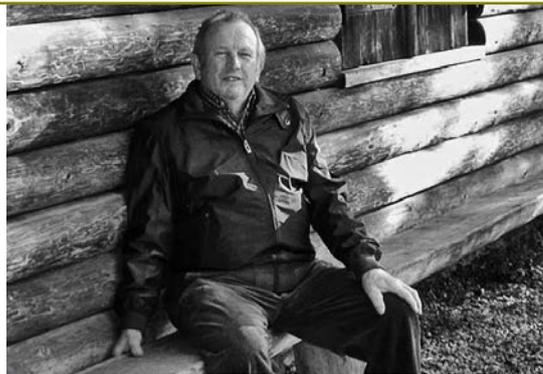
Nun ist René leider nicht mehr unter uns. Der Burgerrat dankt ihm für sein überaus grosses Engagement unserer Gemeinde gegenüber. Wir vermissen ihn, er fehlt uns sehr und er hinterlässt in unserem Rat eine grosse Lücke, menschlich wie fachlich.

Aber mit unzähligen Bereichen unserer Burgergemeinde wird er für immer untrennbar verbunden sein. Seine letzte Ruhestätte findet René nun in seinem geliebten Bürgerwald. Es gibt keinen passenderen Ort für ihn!

Burgerrat der Burgergemeinde Lyssach

### Burgergemeinde Mörigen

#### Rücktritt des Burgerrats Rudolf Blösch



Rudolf Blösch wurde am 8. September 1941 in Mörigen geboren. Bereits als junger Mann verdiente er mit Arbeiten im Wald, neben der Arbeit im elterlichen Bauernbetrieb, sein Taschengeld. Der frühe Tod des Vaters war ein herber Schlag für die Mutter und ihre vier Kinder. Fortan musste er auf dem Bauernhof vermehrt anpacken. Als Nachfolger seines Vaters wählte ihn die Burgerversammlung 1962 in den Burgerrat. 1975 übernahm Rudolf Blösch das Amt des Vizepräsidenten und 1987 das Präsidium, welches er 2013 an Rudolf Wyss abtrat. In der Übergangsphase amtierte er bis zum 31. Dezember 2014 als Burgerrat. Während 53 Jahren unterhielt er eine Waldfläche von 31 Hektaren und war zuständig für den Verkauf von Brennholz und bis ins Jahr 2000 auch für den Nutzholzverkauf.

Auch nach seinem Rücktritt aus dem Burgerrat betreut Rudolf Blösch zusammen mit seinem Sohn Rolf – er verwaltet als Hüttenwart das neu renovierte Waldhaus – den Brennholzverkauf. Bei seinem Abschied bedankt sich Rudolf Blösch für die grosse Wertschätzung, welche er über all die Jahre erfahren durfte. Ebenso ist er dankbar für das Bürgerland, welches er von der Burgergemeinde für seinen Bauernbetrieb pachten konnte. Die grosse Unterstützung seiner Familie, allen voran seiner Frau Rosmarie, ermöglichte Rudolf Blösch, neben diesem Amt noch weitere Ämter in der Gemeinde und der Musikgesellschaft Mörigen auszuüben. Nun schaut er gelassen und mit viel Freude in die Zukunft – sein Sohn Urs wurde unlängst als Nachfolger in den Burgerrat gewählt.

## Bürgergemeinde Studen Rücktritt von Burgerkassierin Myrtha Zwierz



An der Bürgergemeindeversammlung vom 13. Dezember 2014 stand die Ersatzwahl der Burgerkassierin auf der Traktandenliste. Für Myrtha Zwierz endet mit ihrem Rücktritt eine langjährige Amtszeit.

An der Versammlung im Dezember 1981 wurde Myrtha als Burgerkassierin der Bürgergemeinde Studen gewählt. Es war nicht nur für sie eine denkwürdige Versammlung, fand diese doch erstmals in unserem neu errichteten Waldhaus statt.

Während ihrer 33 jährigen Amtszeit führte Myrtha die Burgerkasse sehr gewissenhaft und pflichtbewusst. Sie erlebte hautnah finanzielle Höhen und Tiefen der Bürgergemeinde mit. So berichtet sie ein wenig scherzhaft von Zeiten, bei denen schon die Anschaffung eines Bleistifts fast das Budget sprengte.

An den Ratssitzungen war sie immer ein ruhender Pol. Wurde der Burgerrat das eine oder andere Mal zu euphorisch oder gar übermütig, so blieb die Ermahnung von Myrtha nicht lange aus.

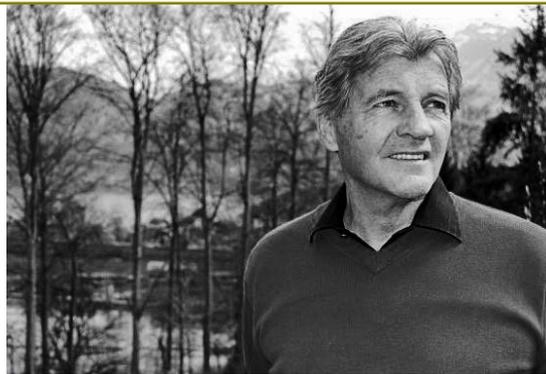
Während ihrer ganzen Amtszeit bewies Myrtha, dass es auch im elektronischen Zeitalter möglich ist, die Burgerkasse «von Hand» mit der Zuhilfenahme von Taschenrechner und Schreibmaschine zu führen.

An der Bürgergemeindeversammlung im Sommer 1997 wurde Myrtha Zwierz, als Anerkennung ihrer fünfzehnjährigen Tätigkeit als Burgerkassierin, das Bürgerrecht geschenkt.

Burgerrat und Bürgergemeinde danken Myrtha ganz herzlich für ihre langjährige gewissenhafte Arbeit zum Wohle der Bürgergemeinde Studen und wünschen ihr viel Glück, gute Gesundheit und Zeit für die Erfüllung ihrer Wünsche und Träume.

Hans Jörg Kunz, Burgerschreiber Bürgergemeinde Studen

## Bürgerbäuert Spiezwiler/Einigen 50 Jahre unermüdlicher Einsatz von Paul Müller



An der ordentlichen Bäuertversammlung im Frühling 1966 wurde Paul Müller vom Korrespondenten zum Sekretär der Bürgerbäuert Spiezwiler gewählt. Zu Gunsten seines Sohnes trat der Vater, Ernst Müller, aus dem Burgerrat zurück. Nachdem er 18 Jahre als Bäuertsekretär im Einsatz war, wurde Paul Müller 1984 von der Burgerversammlung als Nachfolger von Schären Ernst zum Präsidenten gewählt. In all den Jahren hat Paul mit viel Elan und Enthusiasmus die Tätigkeiten der Bürgerbäuert vorangetrieben und stets für eine gesellige Stimmung gesorgt. In seiner Amtszeit als Präsident hat er wesentlich dazu beigetragen, dass die Gründeponie (AVAG) ihren Standort im Spiezwiler verwirklichen konnte und diese der Bevölkerung so einen wertvollen Dienst anbieten kann. Mit der Realisierung des Bürgerhüsis schaffte Paul einen neuen Treffpunkt für so manche gemütliche Runde. Bei der neusten Überarbeitung des Bürgerreglements ermöglichte er jungen Bürgerinnen und Burgern, die noch zu Hause wohnen, als Stimmberechtigte mitzuzentscheiden.

Im Jahr 2012 wickelte er die Fusionierung der Bürgerbäuert Spiezwiler und Einigen zur neuen Bürgerbäuert Spiezwiler/Einigen ab. Im Namen der Bürgerbäuert Spiezwiler/Einigen danken wir ihm herzlich für seinen unermüdlichen Einsatz und seine zukunftsorientierten Ideen.

Adrian M. Rohner, Vertreter Jungburger Bürgerbäuert  
Spiezwiler / Einigen

# Vernehmlassungen

## Vernehmlassungen 2015

Der Verband bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen (VBBG) hat sich im Jahr 2015 wiederum zu verschiedenen Änderungen in Gesetzen und Verordnungen äussern können.

Bei verschiedensten Vernehmlassungen wird der VBBG zur Stellungnahme eingeladen. Der Verband äussert sich, wenn die Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen unmittelbar betroffen sind. Eine dieser Vernehmlassungen war die Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Änderung des Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes.

In dieser Vernehmlassungsantwort war es – neben inhaltlichen Bemerkungen – wichtig, wieder in Erinnerung zu rufen, dass es seit dem 1. Januar 2013 auch eine burgerliche Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gibt. Sie ist im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes zuständig für die sechs Burgergemeinden im Kanton Bern, die Sozialhilfe ausrichten (Aarberg, Bern, Biel, Bözingen, Burgdorf, Thun), und für die dreizehn Gesellschaften und Zünfte von Bern. Die Behörde zählt sieben Mitglieder. Entscheide fällt ein dreiköpfiges Gremium, dem eine Juristin oder ein Jurist, ein Arzt und eine Sozialarbeiterin angehören. So lassen sich komplizierte Verhältnisse interdisziplinär beurteilen. Im Jahr 2014 ergingen rund 190 Entscheide.

### Weitere Vernehmlassungsverfahren, in denen sich der VBBG geäussert hat:

- Kantonales Biodiversitätskonzept
- Regionaler Richtplan Windenergie
- Regionaler Richtplan «Abbau Deponie und Transporte»
- Mitwirkung zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept 2. Generation (RGSK II)
- Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe (SHG)/Con
- Vernehmlassung zur Steuerstrategie

Unter [www.vbbg.ch](http://www.vbbg.ch) sind die aktuellen Vernehmlassungen und die Stellungnahmen des VBBG aufgeschaltet.



## Newsletter VBBG

Möchten Sie aktuelle Informationen erhalten zu Themen, welche die Burgergemeinden und die burgerlichen Korporationen betreffen? Dann melden Sie sich per E-Mail beim Sekretariat an: [info@vbbg.ch](mailto:info@vbbg.ch), Vermerk «Newsletter».



## Wichtige Daten/Dates importantes

Datum / Date	Ort / Lieu	Anlass / Rencontre
28. Mai 2016	Schwarzenburg	Hauptversammlung unseres Verbandes Assemblée générale de notre Association
3. / 4. Juni 2016	Basel	Generalversammlung des Schweiz. Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) Assemblée générale de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations

### Ihre Veranstaltung auf unserer Website

Bitte melden Sie Ihre Veranstaltungen dem Sekretariat (per Mail an [info@vbbg.ch](mailto:info@vbbg.ch)).

Gerne publizieren wir die Veranstaltungen mit einem Link zu Ihrer Bürgergemeinde oder Ihrer Korporation auf unserer Website und zeigen so das vielfältige Leben in unserem Verband.